



DIE THÜRINGENGESTALTER

Vereinsblatt DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.

4. Ausgabe 2017

Thüringen gestalten, das ist unser Auftrag

Von Markus Gleichmann
Vorsitzender der Thüringengestalter

Das Jahr 2018 wird allen Kommunalpolitiker*innen in Erinnerung bleiben. Die Diskussion um die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform, den Kommunalen Finanzausgleich oder die in einigen Fällen nicht begründeten Gebührenerhöhungen für die Kindertagesstätten fordern von allen Ehrenamtlichen viel ab. Als kommunalpolitisches Forum möchten wir die Fakten und Argumente liefern, über Hintergründe aufklären sowie unsere Mitglieder und Interessierte fachlich kompetent weiterbilden, damit sie das machen können, was ihre Hauptaufgabe ist: Thüringen zu gestalten.

Um noch näher dran zu sein und kommunikativ auch dem zweiten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends gerecht zu werden, haben wir nach über 25 Jahren dem Kommunalpolitischen Forum ein neues Aussehen verpasst. Der zusätzliche Name „Die Thüringengestalter“ soll dazu dienen, deutlich zu machen, um was es bei Kommunalpolitik geht. Gestalten bedeutet Bewahren, Verändern und Neues zu schaffen – und zwar alles zugleich.

Die Möglichkeit erhält man jedoch nur, wenn man entsprechendes Wissen hat und mit anderen gemeinsam über Ideen und Möglichkeiten redet. Vernetzung spielt dabei eine der wichtigsten Rollen. Die Möglichkeit zur Nutzung von erneuerbaren Energien im kommunalen Bereich gibt es in Nordhausen genauso wie in Eisfeld. Die Sorgfalt in der Bewahrung von Kultur in Form von Museen, Theatern und offenen Räumen bewegt die Menschen in Schmölnn ähnlich wie in Eisenach.

Neben der kommunalpolitischen Bildung ist die Vernetzung ein Schwerpunkt der Arbeit der Thüringengestalter. Ein gutes Beispiel dafür ist die erfolgreiche Initiative „Linke Ostthüringer Kommunalpolitik“, die die so wichtige Vernetzung möglich macht. Auch wir lernen immer dazu, und in Anlehnung daran werden wir im kommenden Jahr in allen Regionen Thüringens ähnliche Konferenzen auf-



Die Thüringengestalter brechen mit neuem Aussehen und Elan ins neue Jahr auf

Foto: covermade

bauen. Auch praktisches Wissen um Öffentlichkeitsarbeit, Auftreten und Politikmanagement ist eine weitere wichtige Säule der Arbeit der Kommunalfraktionen. In verschiedenen, von den Teilnehmer*innen gern besuchten, Seminaren haben wir im vergangenen Jahr Möglichkeiten zur Fortbildung gegeben.

Nach der Neuausrichtung unseres öffentlichen Auftritts gilt es nun, mehr Schwung in die Angebote der Thüringengestalter zu bringen. Im kommenden Jahr werden wir durch die Umstellung auf ein neues Verwaltungsprogramm noch besser und zielgerichteter mit euch kommunizieren können. Dabei bedeutet „besser“ nicht gleich mehr, denn wir wissen, wie voll die Briefkästen und E-Mail-Postfächer unserer Mitglieder und Freund*innen sind. Wir werden euch weiterhin Angebote unterbreiten, von denen wir glauben, dass sie für alle interessant sind. Daneben werden wir uns aber auch speziellen Themenbereichen, den Aufsichtsräten und anderen kommunalpolitischen „Sonderposten“ widmen, um hier etwas spezifischere Fortbildungen und Vernetzungen zu ermöglichen.

Unsere Arbeit und die Möglichkeiten, die wir euch bieten können, werden besser, wenn es uns gelingt, durch eine moderne und aktive Kommunikation neue interessierte Menschen auch als Mitglieder zu gewinnen, die den Zugang zu verschiedenen Themenfeldern in unserem Wissenspool mitbringen. Insbesondere in Vorbereitung der Kommunalwahlen im Jahr 2019 liegt im kommenden Jahr der Fokus darauf, die vielen gemachten Kontakte in der Gesellschaft zu aktivieren und für eine Kandidatur vorzubereiten.

Auch vereinsintern haben wir mit vielen Argumenten und Fakten um eine Position zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform gerungen und haben uns im März gegenüber dem Innenminister und den Fraktionen des Thüringer Landtages mit einer Stellungnahme zu Wort gemeldet. Mit dem vorläufigen Ende der Kreisgebietsreform, der schleppend verlaufenden Verwaltungsreform und der „ohne Druck“ agierenden Gemeindegebietsreform hat das Jahr bei diesem Thema ein etwas fades Ende.

Die aktuelle Diskussion um Kita-Gebührenerhöhungen in kommunalen

Einrichtungen zeigt jedoch, wie wichtig es ist, auch diese Strukturen zu verändern. Wollen wir nicht bei den Leistungen für die Bürger*innen sparen, brauchen wir eine effektive und zukunftsorientierte Verwaltung. Strukturen, aber auch Abläufe und die fehlende Digitalisierung machen den Mandatsträgern zu schaffen und stellen sie vor fast unlösbare Aufgaben.

Wir werden also nicht nur theoretisch an diesen Themen dranbleiben, sondern sind auch auf-

gefordert, praktikable Lösungen zu finden. Aus diesem Grund werden wir im kommenden Jahr je eine Exkursion nach Göttingen und Hannover anbieten, um das Modell des „Kommunalverbundes der besonderen Art“ zu beleuchten, das in den Thüringer Diskussionen bisher eine untergeordnete Rolle gespielt hat.

Strittige Themen sind fast immer auf der Tagesordnung der Kommunalparlamente, aber nur wenige erreichen eine solche Polarisierung wie der Ausbau der regenerativen Energieerzeugung, insbesondere der Windkraftanlagen. Auch hierzu werden wir euch auf eine Exkursion einladen und in Franken eine Gemeinde besuchen, die gemeinsam mit dem dazugehörigen Kreis versucht, diesen Bereich für sich und seine Bürger*innen zu nutzen.

Das Bildungsprogramm für die Thüringengestalter wird also vielfältig, bunt und interessant. Es wird Zeit bleiben, sich gegenseitig kennenzulernen und am Wissen des anderen teilhaben zu können. Das Ziel ist klar und eindeutig: Eine gute Kommunalpolitik zu gestalten, für ein soziales und starkes Thüringen.

In dieser Ausgabe:

Seite 2:

Ab ins kalte Wasser!
Junge Kommunalpolitik in Suhl:
Philipp Weltzien im Interview

Seite 3:

Hilfe beim Ankommen
Michael Gerner über ehrenamtliche
Hilfe für Geflüchtete

Seite 4:

Mehr Geld für Kitas
#r2g erhöht die Zuschüsse für die Betreuung der Kleinsten

“Ich musste direkt schwimmen können, für Aufregung war keine Zeit”

Philipp Weltzien, 30 Jahre, ist seit zwölf Jahren in Suhl politisch aktiv. Heute ist er Stadtratsfraktionsvorsitzender, stellvertretender Vorsitzender des Stadtverbandes und Jugendhilfeausschusses sowie im Stadtjugendring. Die Fragen stellte Arne Nowacki.

Wie bist du zur Kommunalpolitik gekommen?

Schwierig zu sagen. Mein Opa war einige Jahre für die SPD im Stadtrat. Da bekommt man natürlich schon ein bisschen mit, was da passiert, wie das abläuft, was die den ganzen Tag machen, was für Entscheidungen gefällt werden. Da schaut man dann natürlich, ob die Entscheidungen das sind, was man selbst auch getan hätte. Und dann entwickelt sich eigentlich von ganz alleine ein Interesse dafür, dass man in die politische Denkweise reinrutscht, sich selbst einen Kopf macht und sich fragt: Wie ist meine Einstellung dazu?

Dann findet sich das und dann schlägst du irgendwann in der linken Jugendgruppe auf und dann nimmt das ganze Drama seinen Lauf.

Wie wichtig war dein Opa für deine eigene Politisierung?

Sehr wichtig. Ich denke, das war eigentlich die Initialzündung. Es sind ja zwei unterschiedliche paar Schuhe, politisch zu denken und dann die Entscheidung zu fällen, politisch zu arbeiten. Ich denke mal, eine politische Denkweise hat wahrscheinlich jeder, in irgendeiner Art und Weise. Aber die anzuwenden und dann auch in die tatsächliche Politik rüberzubringen ... Aber so eine Initialzündung von jemandem zu bekommen, der aus dem Bereich kommt, ist, denke ich, ein ganz entscheidender Faktor.

Kannst du dich noch daran erinnern, wie deine Anfangszeit im Stadtrat war?

Ja, sehr gut sogar. Als ich dazukam, zeichnete sich ab, dass es finanziell für Suhl sehr schwierig wird. Das waren die ersten Legislaturen, wo in den Anfangsjahren keine Haushalte zustande kamen. Das schränkt natürlich deine Handlungsmöglichkeiten sehr stark ein. So nimmt man dann auch sehr schnell von den Utopien Abstand, mit denen man angetreten ist, und wechselt zur Realpolitik.

Ich erinnere mich, das muss die zweite oder dritte Stadtratssitzung gewesen sein, das war in der Legislatur sofort eine Sonderstadtratssitzung. Einen Tag vorher wurde bekannt, dass das städtische Wohnungsbaunehmen Insolvenz hätte anmelden müssen und wir haben 22 Millionen Euro Schuldenlast von dem Unternehmen in den Haushalt übernommen.

Der Anruf, dass wir einen Sonderstadtrat einberufen, ereilte mich, als ich gerade in der Türkei war. Solche Nachrichten wünscht man sich im Urlaub eher nicht. Die Insolvenz komm-



Beim Besuch von Suhls tschechischer Partnerstadt Budweis ...

ten wir aber abwenden, das Unternehmen ist auf Sanierungskurs und mittlerweile auf gutem Weg. Das war schon ein Kracher – gleich die zweite oder dritte Stadtratssitzung in meiner ersten Legislatur war so eine Sitzung, mit so einer Entscheidung.

Auch witzig war etwas aus dem Jugendhilfeausschuss. Gleich in einer der ersten Sitzungen haben wir einen komplett neuen Jugendförderplan aufgestellt und wir mussten dann entscheiden, wer die Träger der Jugendhilfe in den Sozialräumen werden. Zu dieser Sitzung war der eigentliche Ausschussvorsitzende krank, also durfte ich das in meiner vierten Sitzung oder so machen. Da geht dir natürlich schon die Düse.

Wenn man es zusammenfassen will: Ich hatte eigentlich gar keine Zeit, mich unsicher zu fühlen oder so, weil ich von Anfang an ins kalte Wasser

gestoßen wurde und dann gleich schwimmen können musste. Da war nicht viel Zeit, aufgeregt zu sein.

Wie sieht es mit der Unterstützung durch deine Fraktion aus?

Die war super. In Suhl sind wir schon immer eine recht große Fraktion, so dass du da natürlich eine Ansammlung von know-how hast.

Außerdem gab es damals noch recht viele, die das schon lange gemacht haben. Wir haben auch immer den Stil beibehalten, dass Dinge aus den Ausschüssen in der Fraktionssitzung, die wir wirklich jede Woche machen, noch beraten werden. So haben alle die Möglichkeit, sachlich und fachlich reinzukommen, mitzukommen und hinterherzukommen.

Das hilft wahnsinnig dabei, überhaupt erstmal in den Feldern fit zu werden, erstmal die ganze Arbeitsweise kennen zu lernen. Auch arbeitet unsere Stadtverwaltung wirklich sehr gut mit den Ausschussmitgliedern zusammen und nimmt sich die Zeit, Dinge zu erklären, wenn eine Rückfrage kommt.

Und waren die anderen Fraktionen dem damals 20-jährigen Neuling gegenüber fair?

Tatsächlich ja. Ich hatte sogar eher das Gefühl, dass mir mein Alter einen Vorteil verschafft hat. Ich hatte ein Stück weit Narrenfreiheit, das kann man fast so sagen. Ich konnte eben auch mal etwas forscher auftreten, ohne dass es mir gleich übelgenommen wurde. Das hat schon geholfen. Dieser Umgang ist aber keine Besonderheit gegenüber Jungen, im Rat gehen wir eigentlich alle respektvoll

miteinander um. Nur weil man sich in einer Ausschusssitzung fetzt und in einer Sachfrage streitet, auch kontrovers streitet, kann man trotzdem hinterher ein Bier zusammen trinken. Gerade in der Kommunalpolitik ist einfach ein gegenseitiger Respekt da, weil sich jeder einbringt und für seine Stadt das Beste erreichen will.

Dass man sich in einer Sachfrage nicht einig werden muss, ist unbestritten, aber deswegen muss ich doch nicht unbedingt ein schlechtes Verhältnis zum Fraktionschef der CDU haben. Wenn der ein anständiger Kerl ist, kann man normal miteinander umgehen.

Was war für dich persönlich dein wichtigstes Projekt in deiner Zeit?

Mit den klammen Kassen ist Suhl natürlich ein schwieriges Pflaster für klassische Projekte. Eine wirklich wichtige Sache aber gibt es, die ich mitbegleitet habe und bei der ich denke, dass wir einen guten Erfolg als LINKE erzielt haben, weil wir damit soziale Kälte abfangen haben. Und zwar meine ich ganz explizit unser Haushaltssicherungskonzept, es hat über ein Jahr gedauert, bis wir es aufgestellt haben.

Die ersten Entwürfe, die damals geschrieben wurden, waren ein Zusammenstreichen von so ziemlich allem, was eine Stadt überhaupt lebenswert macht. Und das war mein persönliches Highlight, dass wir da sehr sehr viele harte Geschichten aussortieren konnten, die nicht ins Konzept aufgenommen wurden. Das ist, denke ich, für die zukünftige Geschichte der Stadt Suhl die Grundlage, dass wir finanziell überhaupt wieder auf die Beine kommen.

Eine zweite Geschichte ist eine Folge aus diesem Konzept. Dieses Jahr mussten wir den Jugendförderplan fortschreiben, weil der schon sechs oder sieben Jahre alt war. Laut Haushaltssicherungskonzept hätten die Beträge dafür eingefroren, teilweise sogar gekürzt werden müssen. Da ist es mir in mühevoller Kleinstarbeit gelungen, diese Entscheidung aus dem Konzept herauszulösen und so zu ändern, dass es sogar eine Erhöhung gibt. Wir haben also, anstatt es zu kürzen, das Budget sogar noch erhöht.

Es fällt in Suhl aber schwer zu sagen “Das ist mein Projekt”. Klar gibt es immer Ideengeber, aber das Durchbringen funktioniert nie mit einer Person. Es mündet immer darin, dass du dir zusätzliche Partner suchst und das Ding zusammen durchziehst.

*Hast du einen Tipp für junge Kommunalpolitiker*innen, die neu starten?*

Lasst euch nicht verbrennen, nehmt euch die notwendige Zeit, die ihr braucht. Und geht nicht mit zu hohen Erwartungen ran beziehungsweise seid nicht enttäuscht, wenn eure Erwartungen nicht sofort so eintreffen, wie ihr es euch vorgestellt habt.



... oder beim Sommerfest der LINKEN – Philipp ist in und für Suhl viel unterwegs
Fotos: DIE LINKE Suhl

Frischer Wind von der Mitgliederversammlung

Mitte November hat das Kommunalpolitische Forum Thüringen seine Jahresmitgliederversammlung abgehalten. Bei der wichtigen Veranstaltung, die dieses Jahr im Augustinerkloster in Erfurt stattfand, wurde das „neue“ KOPOFOR vorgestellt: Mit dem Namen „Thüringengestalter“ und einem neuen, frischen Aussehen will der Verein neuen Anlauf nehmen, um die Kommunalpolitik in Thüringen – ganz dem Namen nach – wirkungsvoll mitzugestalten. Das neue Aussehen soll dabei helfen, auffälliger zu sein und die notwendige Verjüngung des Vereins unterstützen. Denn es gibt zwar einige jüngere Kommunalpolitiker*innen in Thüringen, aber die Anbindung an den Verein und damit an andere Aktive kann und muss noch besser werden.

Auch gab es für die Mitglieder und Gäste die Möglichkeit, von Bodo Ramelow, Mitglied des Vereins und Ministerpräsident von Thüringen, Antworten auf viele Fragen zu erhalten. Mit seinem Grußwort zur politischen Situation machte er deutlich, dass der neue Name des Kommunalpolitischen Forums ein passender ist. Thüringen zu gestalten sei eine wichtige, große und anstrengende Aufgabe, denn Widerstand gebe es leicht auf allen Ebenen und zu jedem beliebigen Thema. „Nicht allen kann es recht gemacht werden, aber die Gestaltung Thüringens ist jetzt von enormer Wichtig-



Der neu gewählte Vorstand der Thüringengestalter: Markus Gleichmann, Frank Kuschel, Heidrun Sedlacik, Ralf Plötner, Carolin Weingart, Andreas Schuster und Ronald Hande (v.l.n.r.)
Foto: Covermade

keit, damit sich das Land auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten gut entwickeln und es den Menschen besser gehen kann als heute“, sagte er.

Dieser Aufgaben und Schwierigkeiten sind sich die neugewählten Mitglieder des Vorstands sehr bewusst. Der wiedergewählte Vorsitzende,

Markus Gleichmann, hat mit dem Ziel, den Verein attraktiver zu machen und zu verjüngen, deshalb bereits in diesem Jahr die Neugestaltung des Kommunalpolitischen Forums zu den Thüringengestaltern begonnen. Denn „es gibt eine stattliche Zahl junger, linker Kommunalpolitiker*innen in

Thüringen. Allerdings muss es uns noch gelingen, sie besser an die Thüringengestalter anzubinden. Mit unserem neuen Aussehen, einer verbesserten Kommunikation über Social Media, einer verbesserten Mitgliederbetreuung und vielen Veranstaltungen im neuen Jahr hoffen wir, dass uns das auch gelingt“, sagte Gleichmann.

Die Mitgliederversammlung des Kommunalpolitischen Forums Thüringen, der Thüringengestalter, wählte den neuen Vorstand, bestehend aus sieben Personen.

Die Thüringengestalter werden in den kommenden zwei Jahren vom Vorsitzenden Markus Gleichmann (Saale-Holzland-Kreis), seinen beiden Stellvertreter*innen Heidrun Sedlacik (Weimar) und Ralf Plötner (Altenburger Land), dem Schatzmeister Andreas Schuster (Erfurt), sowie den weiteren Vorstandsmitgliedern Ronald Hande (Schmalzkalden-Meiningen), Frank Kuschel (Ilmkreis) und Carolin Weingart (Erfurt) auf einen Modernisierungskurs geführt.

Text: Arne Nowacki

Herzlich Willkommen ... Und dann?

Von Michael Gerner

Es ist der 5. Oktober 2016. Wir befinden uns in der Kleinstadt Pößneck im Saale-Orla-Kreis. Wir haben Sandra Hofmann, Redakteurin der Ostthüringer Zeitung (OTZ), eingeladen, um über das Schicksal von Qasim Khudhair zu berichten.

Qasim ist 26 Jahre alt, kommt aus dem Irak und wegen einer Muskelerkrankung sitzt er im Rollstuhl. Seit neun Monaten lebt er zusammen mit zwei Freunden in einer 51 Quadratmeter großen Wohnung. Die Wohnung erreicht man nur über mehrere Stufen, der Zugang zum Bad ist für Qasim ohne fremde Hilfe nicht möglich. Das Bett, alt, kaputt und etwa 30 Zentimeter hoch, ist eine Zumutung. Nichts in dieser Wohnung ist behindertengerecht. An den Deutschkursen kann Qasim nicht teilnehmen, es gibt keine barrierefreie Schule im Saale-Orla-Kreis.

Alle sind sich einig: Seine Situation ist unzumutbar und nicht hinnehmbar. Die nachfolgende Veröffentlichung in der OTZ zeigte Wirkung. Eine Bekannte meldete sich und überließ uns beinahe umsonst ein manuelles Pflegebett. Einige Wochen später bekam Qasim eine behindertengerechte Wohnung und seit Mai 2017 kann er an

einem Deutschkurs der Euroschule teilnehmen, da der Weg zum Klassenraum hier barrierefrei ist.

Qasims Leben ist nur ein Beispiel von vielen, zeigt aber wie wichtig es ist, hinzuschauen und die Situation

der Flüchtlinge zu thematisieren. Seit zwei Jahren verbringe ich meine gesamte Freizeit bei syrischen, irakischen und afghanischen Flüchtlingen.

Es macht mich glücklich, dass ich über 100 Geflüchteten nachhaltig helfen konnte. Ob es um die Wohnung in Jena, die ich einigen Geflüchteten vermitteln konnte, oder um die Gespräche mit Kinderärzten geht, die dann zu einer Hebammenbetreuung führten. Durch diese Arbeit und durch die damit verbundene Nähe zu den Geflüchteten sind mir ihre vielfältigen Probleme bestens bekannt.

Die Integration in Thüringen läuft bei weitem nicht so positiv, wie es das Ministerium für Migration gern darstellt. Es gibt große Probleme bei der Beschulung der Kinder, bei der Bereitstellung von geeignetem Wohnraum und bei der Vermittlung von angemessener Arbeit.

Es sind die Vereine und Privatpersonen, welche Zeit und Kraft in die Probleme der Geflüchteten stecken – und sie am Ende eben auch lösen. Zwar ist es schön, dass sich so viele Menschen einsetzen, aber dass es auch wegen mangelndem Einsatz der Behörden sein muss, ist in vielen Bereichen schlicht nicht hinnehmbar. Denn zum Beispiel die praktische Hilfe bei der Familienzusammenführung oder die Unterstützung bei Klagen gegen den subsidiären Schutz verlangt professionelle behördliche Hilfe. Es kann nicht sein, dass es quasi dem Zufall überlassen ist, ob die Geflüchteten geeignete Hilfe bekommen – denn eventuell ist der Verein vor Ort für eine Familienzusammenführung nicht qualifiziert.

Damit solche Situationen zur Ausnahme werden, versuche ich seit über einem Jahr eine Arbeitsgruppe aufzubauen, der nächste Anlauf soll mit Hilfe der Thüringengestalter am 20. Januar stattfinden. In dieser Gruppe können wir unsere Erfahrungen austauschen, vor allem aber auch gemeinsam mit und für die Geflüchteten arbeiten. Denn sie gehören zu denen, die in dieser Gesellschaft komplett abgehängt sind – und wem, wenn nicht den Abgehängten, gehört unsere Solidarität?



Mit viel Unterstützung durch Ehrenamtliche konnte Qasim Khudhair ankommen
Foto: privat

Höhere Landeszuweisungen für die Kindertagesstätten

Von Frank Kuschel

Da viele Thüringer Kommunen trotz höherer Landeszuschüsse immer noch finanziell schwach sind, hat die Rot-Rot-Grüne Regierungskoalition die Zuschüsse für die Kindertagesstätten kräftig erhöht. Auch mit dem Doppelhaushalt 2018/19 wird #r2g diese an den Menschen orientierte Politik fortsetzen. Dass die kommunalen Spitzenverbände dennoch massiv Kritik üben und behaupten, das Land würde die Gemeinden bei der Kita-Finanzierung nicht ausreichend unterstützen, zeigt sich mit einem Blick auf die Zahlen schnell als Stimmungsmache.

An sich ist es ganz einfach: Die Kindertagesstätten sind klassische Gemeindeaufgaben im eigenen Wirkungskreis. Damit muss klar sein, dass die Gemeinden auch aus eigenen Steuereinnahmen und allgemeinen Zuweisungen die Kita-Kosten tragen müssen. Da viele Gemeinden eben das nicht umfänglich können, unterstützt das Land die Gemeinden dabei. Die zum Teil geforderte komplette Übernahme der Kita-Kosten hingegen würde verfassungsrechtliche und gesetzliche Veränderungen erfordern. Auch müsste die Aufgabe den Kommunen entzogen und dem Land zugeordnet werden – die Kommunen würden damit auch Befugnisse und Entscheidungsmöglichkeiten verlieren. Zwar ist das theoretisch denk- und machbar, aber politisch kaum sinnvoll.

Die Kita-Finanzierung fußt auf mehreren Säulen. Zum einen wären da die Beiträge der Eltern, die jährlich rund 110 Millionen Euro ausmachen, wobei etwa ein Fünftel von den örtlichen Jugendämtern übernommen



Kleinere Kita-Gruppen kommen letztlich allen zugute – Kindern wie auch Betreuer*innen
Foto: Stephanie Hofschlaeger/pixelio.de

werden. Durch die Entscheidungen der Gemeinden ist dieser Beitrag seit 2014 um fast 25 Millionen Euro angestiegen.

Weiterhin zahlt das Land jährlich circa 335 Millionen Euro, davon rund 100 Millionen über die allgemeinen Schlüsselzuweisungen und fast 235 Millionen als zweckgebundene Zuweisungen. Außerdem müssen die Kommunen aus dem eigenen Steueraufkommen noch etwa 240 Millionen Euro für die Kita-Finanzierung einsetzen. So wie das Land wegen der allgemeinen Kosten- und Tarifsteigerungen seine Zuweisungen jährlich erhöht, sind hier in gleicher Weise die Gemeinden gefordert.

Seit 2016 hat die Landesregierung die zweckgebundenen Zuweisungen für die Kitas erhöht: Für die unter Dreijährigen von 270 auf 290 Euro und für die über Dreijährigen von 130 auf 140 Euro pro Monat. Zudem blieb es bei der Investitionspauschale von 1.000 Euro für jedes neugeborene Kind. Das sind insgesamt pro Jahr immerhin 18 Millionen Euro, die das Land mehr für die Kleinsten ausgibt.

Darüber hinaus wird es ab 2018 zusätzliche Mittel für die Kindertagesstättenleitung geben. Außerdem gibt #r2g ab Mitte 2018 nochmal mehr Mittel, um den Betreuungsschlüssel zu verbessern, sodass die Erzieher*innen nicht mehr 16 Kinder pro Kopf,

sondern nur noch zwölf betreuen. Dadurch braucht es natürlich mehr Personal, sodass das Land hier nochmal bis zu 31 Millionen Euro pro Jahr mehr in die Zukunft investiert. Für das letzte Kita-Jahr, das ab 2018 gebührenfrei sein wird, zahlt das Land weitere 29 Millionen Euro pro Jahr an die Kommunen – und zwar in der tatsächlichen Gebührenhöhe pro Platz.

Aus dem Kommunalinvestitionsprogramm des Bundes, wofür das Land den kommunalen Mitfinanzierungsanteil übernimmt, erhalten die Kommunen für Investitionen in die Kindertagesstätten auch nochmal über 20 Millionen Euro.

All diese Zahlen belegen, dass sich #r2g der Mitverantwortung bei der Finanzierung der Kindertagesstätten bewusst ist, was auch für die meisten Kommunen gilt. In einigen jedoch werden Eltern aktuell mit Gebührenerhöhungen konfrontiert. Dabei werden die geplanten Gebührenerhöhungen mit dem neuen Kindertagesstättengesetz begründet. Eine solche Begründung ist boshaft falsch und unhaltbar. Sowohl das gebührenfreie Jahr als auch der veränderte Betreuungsschlüssel werden vom Land vollständig finanziert und den Gemeinden erstattet.

Termine

Integration gelingen lassen

Nach wie vor gibt es sehr viele Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen, die ihnen dabei helfen wollen, anzukommen und ein neues Zuhause zu finden. Allzu leicht wird es dabei weder den Helfenden noch den Geflüchteten gemacht – zwischen feindseligen Menschen auf der einen Seite und Gesetzen, die ihnen das Leben schwer machen, auf der anderen, scheinen sie oftmals alleine zu sein.

Dass das nicht der Fall ist, wollen wir mit dieser Veranstaltung zeigen, bei der es um eine Bestandsaufnahme, der Ausgestaltung eines notwendigen Einwanderungsgesetzes und um die Vernetzung bereits aktiver Menschen in Thüringen geht.

20. Januar ab 9:30 Uhr, Projekt EINS in Weimar, Schützengasse 2.

Bauplanungsrecht

Es wird gebaut, und zwar nicht zu knapp. Aber gerade wenn es um öf-



fentliche Bauvorhaben geht, können die kommunalen Verwaltungen allzu oft auf mangelndes Fachwissen der Mandatsträger*innen setzen und dies ausnutzen.

In diesem Seminar wird Manfred Müser, Diplomingenieur für Raumplanung, auf die Novellierung des Bauplanungsrechts eingehen, den Herausforderungen des sozialen Wohnungsbaus ihren Schrecken nehmen und zeigen, wie Bauen und Bodenutzung sozial gerecht funktionieren.

Termin: 27. Januar, weitere Infos findet ihr unter thuringengestalter.de.

Veranstaltungsreihen

Im kommenden Jahr wollen wir uns intensiver mit den Themen Netzpolitik sowie der kommunalen Verkehrspolitik beschäftigen.

Neben den Grundlagen der **Netzpolitik** – was ist das, ist das wichtig, wer braucht das? – wollen wir uns selbstverständlich mit den Möglichkeiten der kommunalen Ebene beschäftigen. Jen-

seits des Verlegens von Leitungen geht es dabei zum Beispiel um die Bereitstellung offener Netzwerke an öffentlichen Plätzen, sodass das Internet für alle zugänglich ist.

In der Reihe zur **Verkehrspolitik** geht es um die ökologisch-soziale Wende: Wie können wir es schaffen, den klassischen Autoverkehr zu reduzieren und dafür den ÖPNV und die Fahrradfahrer*innen zu stärken? Neben der Planung und Umwidmung von Straßen soll es insbesondere um die Stärkung der kommunalen und regionalen Verkehrsbetriebe gehen, um

deren Rekommunalisierung und die Möglichkeit von Fusionen oder Zusammenschlüssen in Zweckverbänden. Foto: Inessa Podushko/pixelio

Sie interessieren sich für die Vereinsaktivitäten oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

Die Thüringengestalter

Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e. V.
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt

Telefon: 0361/54 12 83 89
Fax: 0361/54 15 11 42
Mail: info@thuringengestalter.de
www.thuringengestalter.de

Die Thüringengestalter erhalten als Bildungsverein, der der Partei DIE LINKE nahesteht, Zuwendungen des Freistaates Thüringen (Innenministerium).